



Wahlprogramm für die Kommunalwahlen 2004

Demokratie lebt vom Wechsel – deshalb soll über 50 Jahre CDU-Alleinherrschaft bei der diesjährigen Kommunalwahl ein Ende finden. Die CDU hat in Ahaus das Geld mit vollen Händen ausgegeben, Appelle der UWG zu einer soliden, sparsamen und ehrlichen Politik wurden über viele Jahre von der CDU nur belächelt. So trägt auch die CDU die Verantwortung für die angespannte Haushaltslage der Stadt Ahaus und die daraus resultierende enorme Pro-Kopf-Verschuldung.

In den letzten zehn Jahren konnte Ahaus einen Bevölkerungswachstum von über 6.000 Einwohnern verzeichnen. Diese Entwicklung ist heute und in der Zukunft eine große Herausforderung für die Ahauser Kommunalpolitik. Die Schaffung sicherer Arbeitsplätze und zukunftsorientierter Ausbildungsmöglichkeiten für die Jugend sind deshalb wichtige Ziele der UWG.

In manchen Bereichen des Lebens hat sich Ahaus zu einer attraktiven Stadt entwickelt – die UWG hat hierzu in der Vergangenheit maßgeblich durch zahlreiche Anträge und viele, zum Teil direkt aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern aufgegriffene Anregungen beigetragen. Doch der Stadtmarketing-Prozess der letzten Jahre hat auch deutliche Mängel aufgezeigt, die in nächster Zeit in Angriff genommen werden müssen.

Die Unabhängige Wählergruppe steht für eine lebenswerte Stadt in einem gesunden Umfeld mit ihren lebendigen Ortsteilen. Deren eigenes, unverwechselbares Profil gilt es bei der Entwicklung der Stadt Ahaus beizubehalten und zu unterstützen.

Stadtentwicklung

Während die Zahl der Einwohner in Ahaus in den letzten Jahren stark zugenommen hat, haben sich die Einkaufsmöglichkeiten für die Bevölkerung gleichzeitig stark verringert. Das CDU-geprägte Stadtmarketing der letzten Jahrzehnte hat immer mehr Ladenleerstände in der Innenstadt und damit die Attraktivität der „Einkaufsstadt, die alles hat“ zum Stillstand gebracht bzw. in Teilen sogar zurückentwickelt. Es fehlen Geschäfte, die zur Organisation des täglichen Lebens unentbehrlich sind. Mit derartigen Lücken wird die Verödung der Innenstadt noch vorangetrieben. Die vielen Ladenleerstände werden oft durch nur kurzzeitig existierende Geschäfte besetzt. Damit wird allerdings der Mangel an Spielzeug-, Haushaltswaren- oder Musikgeschäften nicht ersetzt. Diese Mängel werden auch nicht durch eine Luxus-Sanierung des „Jute-Geländes“ behoben.

Andere Städte vergleichbarer Größenordnung haben in der Vergangenheit eine sehr positive Entwicklung machen können, ohne dabei auf BZA-Gelder zurückgreifen zu können oder zu müssen. Um auch in Ahaus wieder eine attraktive Innenstadt entwickeln zu können, sind interessante und vielseitige Einkaufsmöglichkeiten unerlässlich. Die Frage des Pflasters der Fußgängerzone spielt dabei nur eine nachgeordnete Rolle. Hierbei ist daher unter finanziellen Aspekten nach kostenbewussten und gleichwohl attraktiven Lösungen zu suchen.

Der Stadtmarketing-Prozess der vergangenen Jahre hat unter Beteiligung vieler Interessengruppen und engagierter Bürger viele Schwachpunkte in Ahaus und den Ortsteilen aufgezeigt. Diese gilt es weiterhin zu prüfen und nach und nach abzubauen, damit auch Ahaus zukünftig wieder in der 1. Liga mitspielen kann.

Wirtschaft und Arbeiten

Sichere Arbeitsplätze und qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten benötigen erfolgreiche Unternehmen. Ahaus bietet mit einer breitgefächerten Wirtschaftsstruktur gute Voraussetzungen, um konjunkturellen Einflüssen zu widerstehen und neue Beschäftigung zu schaffen. Durch ausreichende und preiswerte Gewerbeflächen werden Betriebserweiterungen wie auch Neuansiedlungen in Ahaus erst möglich.

Die in diesem Sinne erfolgte Wirtschaftsförderung der Stadt Ahaus hat die UWG in der Vergangenheit unterstützt und forciert. Diese aktive Wirtschaftsförderung soll auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Um auch den benachteiligten Menschen auf dem Arbeitsmarkt Chancen zu bieten, gilt es insbesondere, den Bereich „Arbeit statt Sozialhilfe“ weiter auszubauen und neue Schwerpunkte zu setzen.

Landwirtschaft und Natur

Viele Hundert Jahre haben die Landwirte die Kulturlandschaft unserer Region geprägt. Daher muss es unser Bestreben sein, den Landwirten in den für sie immer schwieriger werdenden Zeiten ihre Existenzgrundlage zu sichern.

Dieses Ziel muß die Stadt Ahaus bei ihrer Grundstückspolitik im Auge behalten. Auch die Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen in Schutzbereiche darf nur mit, nicht gegen die Landwirte, erfolgen.

Auch die Nähe zum Atommüll-Lager bedroht die Absatzmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Produkte. Da die Landwirte hierfür Herkunftsnachweise erbringen müssen, muß sich die Stadt Ahaus mit aller Kraft dafür einsetzen, dass im BZA kein weiterer Atommüll eingelagert wird.

Der Einsatz erneuerbarer Energien und die Umsetzung energiesparender Maßnahmen ist in Ahaus weiter auszubauen. Private Bauherren und Investoren sind bei solchen Vorhaben zu unterstützen, die Stadt Ahaus sollte bei eigenen Bau- und Renovierungsmaßnahmen hierbei Vorbildcharakter einnehmen.

Brennelemente-Zwischenlager

Die Verhinderung der Pläne für ein Brennelemente-Zwischenlager war in den siebziger Jahren ein wesentliches Motiv zur Gründung der UWG Ahaus. Daher hat die UWG in den 25 Jahren ihres Bestehens, gemeinsam mit Umweltinitiativen und kirchlichen Verbänden, wesentlich den Widerstand gegen das Atommüll-Lager geprägt.

Für die UWG bestehen erhebliche Zweifel an der Langzeitsicherheit der Castor-Behälter und am Lagerungskonzept. Auch die Risiken der Atommülltransporte sind unkalkulierbar. Gerade vor dem Hintergrund der verheerenden Terroranschläge der letzten Jahre müssen die Sicherheitskriterien einer neuen Bewertung unterzogen werden.

Die in diesem Jahr geplanten Castor-Transporte aus Rossendorf sind überflüssig, da in Rossendorf eine Transportbereitstellungshalle zur Verfügung steht, die von der Bauweise dem Ahauser Zwischenlager ent-

spricht. Diese Castor-Behälter sollen in 18 Transporten über die Straße nach Ahaus gebracht werden, was für die Menschen in Ahaus, der Region und entlang der über 600 km langen Transportstrecke einen Ausnahmezustand bedeuten würde. Den Menschen in und um Ahaus ist diese Situation mit dem massiven Polizeieinsatz und den daraus resultierenden Konsequenzen vom letzten Castor-Transport aus dem Jahre 1998 bekannt.

Nach Angaben der NRW-Landesregierung sollen für diese Transporte Kosten in Höhe von etwa 50 Millionen Euro allein für das Land Nordrhein-Westfalen anfallen. Das ist eine völlig überflüssige und unnötige Verschwendung von Steuergeldern. Gerade in den Zeiten leerer Kassen ist eine solche Steuerverschwendung unverantwortlich und der Bevölkerung nicht zuzumuten.

Die UWG setzt sich dafür ein, dass in Zukunft kein weiterer Atommüll in Ahaus eingelagert wird und die Erkundungen für ein Endlager wieder aufgenommen werden. Sie wird sich auf politischer Ebene, aber auch bei der Unterstützung des friedlichen Widerstandes wie in der Vergangenheit hierfür nachdrücklich engagieren.

Verkehr

Durch die stetig steigenden Einwohnerzahlen nimmt der Verkehr in Ahaus ständig zu. Die Lärmbelastung steigt, während die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer, Kinder und Senioren sinkt.

Zwar ist das Auto in unserer ländlichen Region kaum zu ersetzen, doch es gilt in Zukunft, dem öffentlichen Personennahverkehr und der Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer verstärkt Beachtung zu schenken.

Ahaus ist eine Radfahrer-Stadt. Zahlreiche Radwege sind angelegt. Die Wirtschaftswege sind gut ausgebaut. Engagierte Bürger haben aber deutlich gemacht, dass an vielen Stellen im Stadtgebiet erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten zur Sicherheit der Radfahrer bestehen. Hier fordern wir über das bisherige Maß hinaus weitere Maßnahmen, die die Sicherheit erhöhen.

Die Sicherheit, gerade der jungen und älteren Radfahrer kann durch innovative Konzepte wie „Alle-Richtungen-Grün“ weiter erhöht werden. Unsere holländischen Nachbarn sind uns da in vielem voraus. Wir fordern für den Kreisverkehr im Stadtpark zumindest für die kritischen Zeiten morgens und mittags eine „Alle-Richtungen-Grün“-Ampel mit Vorrang für die Radfahrer.

Der Durchgangsverkehr ist konsequent auf die Umgehungsstraßen zu leiten, um die Verkehrsbelastung in der Innenstadt und den Ortsteilen zu reduzieren.

Dem sicheren Schulweg muß bei zukünftigen Planungen oberste Priorität eingeräumt werden. Hier sollte das von der UWG in der Vergangenheit geforderte Gesamtkonzept endlich umgesetzt werden. Es darf nicht weiter mit Einzellösungen experimentiert werden. Vor Beginn von Baumaßnahmen muss die sichere Führung des Baustellen- und späteren Anwohnerverkehrs klar geregelt werden. Das gilt aktuell insbesondere für das Baugebiet „Hoher Kamp West“, aber auch für alle weiteren Planungen.

Familien

Die hohe Bedeutung der Familien für eine gesunde Entwicklung unserer Gesellschaft ist unbestritten. Eine gute Familienpolitik ist aber nicht als eigenständiger Bereich der Kommunalpolitik anzusehen, sondern die Interessen und Bedürfnisse der Familien müssen in allen Feldern der Kommunalpolitik Berücksichti-

gung finden: bei der Sicherung der Arbeitsplätze wie bei der Entwicklung der Wohnmöglichkeiten, bei einer gesunden Umwelt wie bei der Umsetzung einer sicheren Verkehrspolitik und nicht zuletzt bei der Schaffung einer Infrastruktur, die sich stärker an den Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien orientiert.

Durch die „große“ Politik haben Familien in der Vergangenheit zusätzliche finanzielle Belastungen erfahren. Die Forderung der UWG nach einer Entlastung von kinderreichen Familien beispielsweise im Bereich der Musikschul- und Bädergebühren wurden von der CDU leider nicht mitgetragen. Die UWG wird sich auch in Zukunft für eine Stärkung und Entlastung der Familien einsetzen. Die Teilnahme am öffentlichen Leben, die Nutzung öffentlicher Einrichtungen darf für Familien kein Luxus werden.

Neben dem Freizeitbereich kommt dem Beratungswesen besondere Bedeutung zu, das von öffentlichen Kürzungen des Landes betroffen ist. Die Vielfalt der freien Träger in Ahaus leistet einen sehr wertvollen Beitrag zur Unterstützung der Familien. Den Erhalt dieser Beratungsangebote in ihrem bisherigem Umfang sicher zu stellen, ist auch eine wichtige Aufgabe der Stadt Ahaus.

Kinder und Jugendliche

Kinder brauchen Entfaltungsmöglichkeiten und Freiräume. Attraktive und altersgerechte Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten fördern die kindliche Entwicklung. Daher setzt sich die UWG weiterhin für attraktive, ortsnahe und sichere Spielplätze ein. Bei der Entwicklung der Tagesbetreuungsangebote für Kinder ist ein genaues Augenmaß erforderlich, um ein an den Bedürfnissen der Familien orientiertes Angebot vorzuhalten. Dies gilt zukünftig insbesondere im Bereich der Tagesbetreuung für Grundschul Kinder.

Um den Jugendlichen unserer Stadt die Chance zu geben, sich aktiv für ihre eigenen Belange in der Stadt und den Ortsteilen einzusetzen, hält die UWG an der Schaffung eines Jugendparlamentes mit eigenem Budget fest. Die verbandliche und offene Jugendarbeit müssen sich in Ahaus sinnvoll ergänzen und ausreichend Angebote für die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen schaffen. Räume zur Freizeitgestaltung müssen Jugendlichen in allen Ortsteilen regelmäßig zur Verfügung stehen. Die Mobilität ist für Jugendliche von besonderer Bedeutung, wofür gute Verkehrsanbindungen der Ortsteile von großer Wichtigkeit sind.

Senioren

Die Seniorenverbände leisten mit ihrem ehrenamtlichen Engagement eine wichtige und unersetzliche Arbeit für die älteren Mitbürger unserer Stadt. Die Senioren können damit aktiv bleiben und am öffentlichen Leben unserer Stadt teilhaben. Diese Arbeit gilt es weiterhin zu fördern und auszubauen. Auch müssen seniorengerechte Wohnräume mit Betreuungsmöglichkeiten ausreichend und ortsnah zu Verfügung stehen.

Schule und Weiterbildung

Als Schulstadt trägt Ahaus eine große Verantwortung für eine qualifizierte Bildung als Voraussetzung für einen erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben. Nicht zuletzt die Pisa-Studie hat deutlich gemacht, wie wichtig eine Unterstützung schon im Kindergarten ist. Kindergarten, Grundschule, weiterführende Schulen – die UWG fordert frühzeitig einsetzende durchgängige Förderkonzepte von der Ganztagsbetreuung bis zur Ganztagsgrundschule. Als Schulträger kann die Stadt die Aufgaben nur mit den Schulen und den Schulverwaltungen umsetzen. Eigenbrötlerischen Aktivitäten einzelner Schulen ist eine Absage zu erteilen. Finanziellen Gesichtspunkten sind im Schul- und Erziehungsbereich Priorität einzuräumen.

Die UWG fordert daher das Angebot einer kontinuierlichen und flächendeckenden Hausaufgabenbetreuung und Unterstützung durch Silentien.

Durch das Projekt „initiative@haus – Schulen ans Netz“ konnte mit Unterstützung der UWG in den letzten Jahren eine zeitgemäßere Ausstattung der Schulen im Bereich Neuer Medien erreicht werden. Darin sehen wir eine wichtige Voraussetzung für die Heranführung der Kinder und Jugendlichen an den beruflichen Alltag. Diesen Prozess gilt es in Zukunft genau zu beobachten und auch durch Fortbildungsmöglichkeiten für die Lehrkräfte zu unterstützen.

Für benachteiligte Schülerinnen und Schüler ist das Berufsorientierungszentrum eine wertvolle Einrichtung, um diese jungen Menschen für das Berufsleben zu qualifizieren. Die Ansiedlung des Neubaus für diese Einrichtung hat die UWG daher ausdrücklich unterstützt.

Im Bereich der Weiterbildung kommt der Berufsbildungsstätte BBS und der Technischen Akademie Ahaus eine hohe Bedeutung zu, da qualifizierte Mitarbeiter sich ständig weiterbilden müssen. Die UWG setzt sich dafür ein, dass auch weiterhin innovative und zukunftssträchtige Qualifizierungsmaßnahmen zum Weiterbildungsangebot in Ahaus gehören.

Kultur

Kulturelle Vielfalt lebt von Ideen und Menschen, die sich dafür einsetzen. Die UWG setzt sich dafür ein, dass auch in Zeiten knapper Kassen die Musikvereine, Chöre und die Musikerinitiative Ahaus die Unterstützung erfahren, die sie für ihre Arbeit benötigen. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Musikschule und den Musikvereinen muß weiter ein solider Pfeiler der Nachwuchsarbeit sein.

Auch die Heimatvereine, Karnevalsgesellschaften und zahlreichen Nachbarschaften leisten einen wichtigen Beitrag zu Tradition und Brauchtumpflege in der Stadt Ahaus.

Vereine und Verbände

Die Vereine und Verbände übernehmen in Ahaus, ob im Bereich des Sports und der Musik, der Jugendarbeit oder der Brauchtumpflege, zentrale Aufgaben überwiegend ehrenamtlich wahr. Damit ist die Arbeit der Vereine und Verbände eine sehr wichtige und unersetzliche Stütze für das gesellschaftliche Leben in Ahaus.

Das kann für die Stadt Ahaus nur bedeuten, das Engagement der Vereine weiter zu fördern. Ausreichende Sportanlagen oder Räumlichkeiten für andere Vereinsaktivitäten müssen bereitgestellt werden. Vorbild ist hierbei die Überlassung der Sportanlagen an die Vereine in deren Eigenregie. Vorhandene Räume können über intelligente Nutzungskonzepte erheblich besser ausgelastet werden. Städtische Unterstützung bei Neu- oder Umbauaktivitäten kann nur bei ausreichenden Eigenanteilen gewährt werden. Dabei sind die geplanten Nutzungen auf ihre Auswirkungen auf die Jugendarbeit zu hinterfragen.

Betreiberpauschalen und Zuschüsse an Vereine können sich immer nur an den Aktivitäten in der Jugendarbeit orientieren. Sie dürfen kein Gewohnheitsrecht sein, sondern müssen sich nach dem Umfang der vereinseigenen Jugendarbeit richten.

Auch wenn es sich hierbei um freiwillige Leistungen der Stadt Ahaus handelt, darf in diesem Bereich nicht weiter gekürzt werden, weil sich die Arbeit der Vereine in hohem Maße positiv auswirkt und letztlich auch

den Haushalt der Stadt Ahaus entlastet.

Bürgerbeteiligung in den Ortsteilen

Mit einer guten Entwicklung der Stadt Ahaus ist eine Mitwirkung der Bürger in den Ortsteilen untrennbar verbunden. Bürgernahe Politik bedeutet für die UWG, nicht Ortsvorsteher als selbstgerechte Dorffürsten zu installieren, sondern den Sachverstand und die Ortskenntnisse der Menschen aus den Ortsteilen breit gefächert zu nutzen und in die politischen Entscheidungen einfließen zu lassen.

Auch wenn es von der CDU-Mehrheitsfraktion in der Vergangenheit immer wieder abgelehnt wurde, setzt sich die UWG nachdrücklich für Bürgerausschüsse in den Ortsteilen als ortsteilbezogenes Entscheidungsgremium ein. Darin können mehr Bürger und Vertreter von örtlichen Vereinen und Verbänden als bisher in Fragen ihres Ortsteiles sachkundig mitwirken. Damit wird kein Kirchtumsdenken gefördert, sondern mehr Demokratie und Transparenz vor Ort ermöglicht und gleichzeitig die traditionelle Eigenständigkeit der Ortsteile gefördert.

